

Das neue Bürgerenergiebeteiligungsgesetz NRW

Beteiligungspraxis und Ausnahmen von der Beteiligungspflicht

Hintergrund, Anwendbarkeit, Anwendung

16. Branchentag Windenergie NRW 11. Juni 2024

Ihre Ansprechpartnerin



Dr. Lisa Löffler
Assoziierte Partnerin

Kennedyplatz 2
50679 Köln
T: +49 221 33660 724
lloeffler@goerg.de

Agenda

- 01 Das Bürgerenergiegesetz NRW (BürgEnG) – Hintergrund
- 02 Anwendungsbereich – Welche Projekte sind betroffen?
- 03 Grundidee der Neuregelungen: Dreistufiges Verpflichtungskonzept
- 04 Die Ersatzbeteiligung und Ausgleichsabgabe, §§ 8, 9 BürgEnG
- 05 Rechtsschutz

01

Das Bürgerenergiegesetz NRW (BürgEnG) – Hintergrund

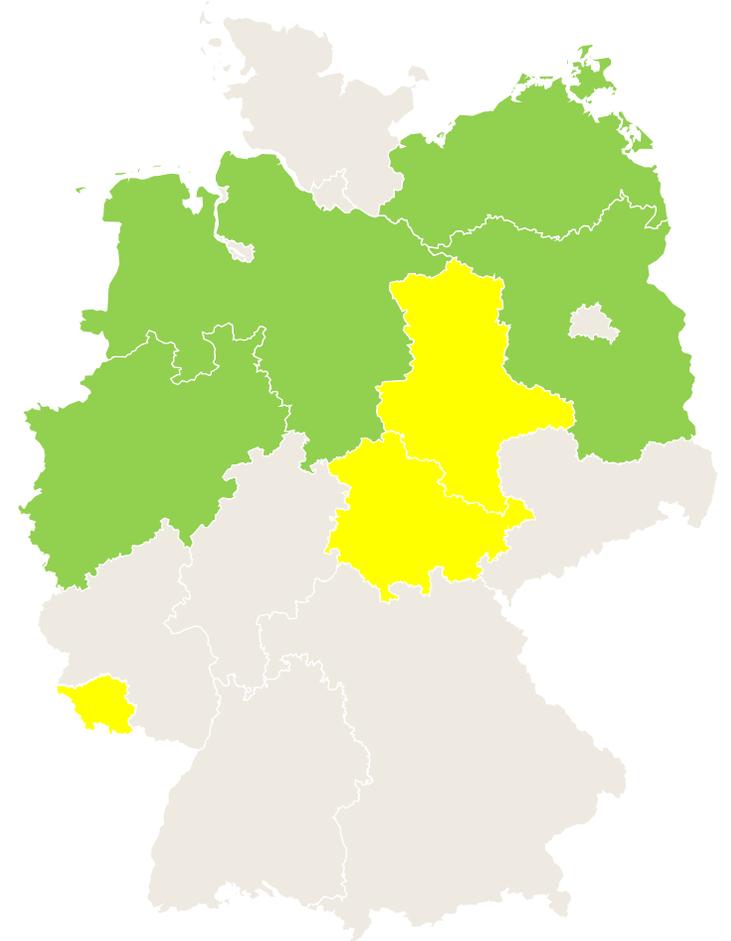
§ 6 Abs. 1 EEG:

„Anlagenbetreiber sollen Gemeinden, die von der Errichtung ihrer Anlage betroffen sind, finanziell beteiligen. Zu diesem Zweck dürfen folgende Anlagenbetreiber den Gemeinden, die von der Errichtung ihrer Anlage betroffen sind, Beträge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten.“

- Vorrangiger Zweck: Rechtssicherheit wegen Vorteilsnahme / Bestechlichkeit
- **Keine Beteiligungsverpflichtung** von Vorhabenträgern nach § 6 EEG
- Ermächtigung der Länder zur gesetzgeberischen Betätigung, § 22b Abs. 6 EEG
- Wohl auf absehbare Zeit keine einheitliche bundesweite Regelung

Das BürgEnG – Hintergrund – Bestehende Länderregelungen

- **Mecklenburg-Vorpommern:** Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz (2016)
 - Anwendung nur auf Onshore-WEA
 - Gesetzlicher Regelfall: **gesellschaftsrechtliche Beteiligung** von min. 20 % an (zwingend einzurichtender) Projektgesellschaften
 - BVerfG: Verfassungsgemäß
- **Brandenburg:** Windenergieanlagenabgabengesetz (2019)
 - Anwendung nur auf WEA
 - **Pauschale Sonderabgabe** von EUR 10.000 je WEA/a an Gemeinde
- **Niedersachsen:** „Gesetz über die Beteiligung von Kommunen und Bevölkerung am wirtschaftlichen Überschuss von Windenergie- und Photovoltaikanlagen (2024)“
 - 0,2 Cent/Kwh/a je tatsächlich eingespeister Strommenge – Akzeptanzabgabe;
 - Mögliche weitere finanzielle Beteiligung



Das BürgEnG – Hintergrund - Gesetzgebungsverfahren

- 1. Gesetzesentwurf: 12. September 2023
- Umfassende Änderungen am 12. Dezember 2023
- 15. Dezember 2023: Annahme durch Landtag
 - **Zweifel an formeller (Landes-)Verfassungsmäßigkeit** – unsachgemäße Überbeschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens (vgl. GEG)?
 - Erlass einstweiliger Anordnung abgelehnt (VerfGH Münster Beschl. v. 15.12.2023)
- In Kraft getreten am **28. Dezember 2023**

02

Anwendungsbereich – Welche Projekte sind betroffen?



Sachlicher Anwendungsbereich, §§ 2, 13

- 1. Alle Neuerrichtungen von WEA sowie**
- 2. vollständiger Austausch bei Repowering**
 - Neuerrichtung innerhalb von 24 Monaten nach Rückbau sowie
 - Abstand höchstens **2x** der Neuanlage

Gilt daher nicht für Freiflächen-PVA! Hierfür weiterhin nur § 6 EEG

Sachlicher Anwendungsbereich, §§ 2, 13

- **Bereichsausnahmen:**

1. **unselbstständiger Teil** eines **privilegierten Betriebes**,
2. **überwiegend Eigenversorgung** von Betrieben **und (!)** Standort in regionalplanerischem **GIB-Gebiet**
3. **Erprobungs-/Pilotanlagen**
4. **Bürgerenergiegesellschaft** ist Betreiberin (gesellschaftsrechtliche Flexibilisierung)



Zeitlicher Anwendungsbereich, §§ 2, 13

- **Ab** Inkrafttreten des Gesetzes (**Stichtag 28. Dezember 2023**)
- **Nicht erfasst:**
 - zum Stichtag **bereits genehmigt** oder
 - vor Stichtag bereits **vollständige Antragsunterlagen eingereicht** im Sinne des § 7 Abs. 1 der 9. BImSchV

03

Grundidee der Neuregelungen: Dreistufiges Verpflichtungskonzept

Die Beteiligungsberechtigten, §§ 5, 6

Beteiligungsberechtigte Gemeinden

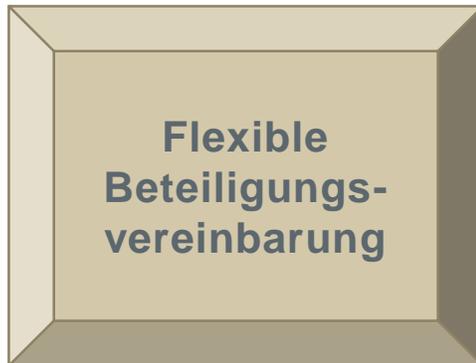
- **Beteiligungsberechtigte Gemeinden** nach § 6 Abs. 2 S. 2 EEG:
Gemeindegebiet innerhalb eines um die Windenergieanlage gelegenen Umkreises 2,5 km um die Turmmitte der WEA
- **Standortgemeinde**

Beteiligungsberechtigte Personen

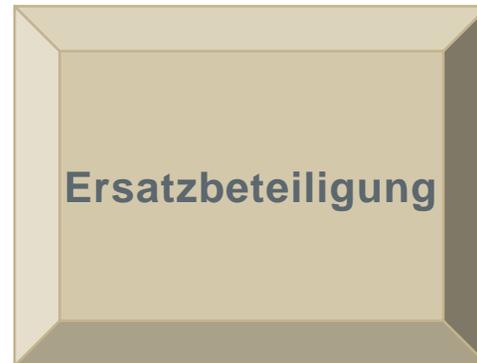
- **Natürliche Personen:** mindestens 3 Monate **Einwohner** (Haupt- und Nebenwohnsitz) in beteiligungsberechtigter Gemeinde
- **Möglichkeit** der Einbeziehung von **Eigentümern**
- **Möglichkeit** Sonderregelungen **direkte Anwohner** (2,5 km Radius, § 6 EEG)

Grundkonzept: Modell NRW

1. Stufe



2. Stufe



Wenn kein Nachweis einer Beteiligungsvereinbarung innerhalb 1 Jahr ab Genehmigung

3. Stufe



Solange keine Ersatzbeteiligung

Beteiligungsvereinbarung

1. Stufe



- **Angebot** durch Vorhabenträger an Standortgemeinde - Verhandlungsgrundlage
- Inkrafttreten: **Inbetriebnahme**
- Ausgestaltung der Beteiligung:

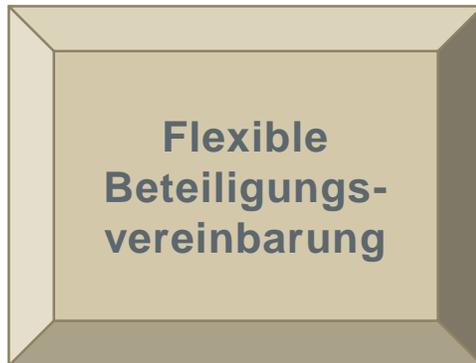
maximale Flexibilität

Leitgedanke: Standortgemeinde weiß selbst, wie Akzeptanzsteigerung am besten geht

Maßstab: örtliche Gegebenheiten & Wünsche der Einwohner zur bestmöglichen **Akzeptanzsteigerung** und **Teilhabe**

Beteiligungsvereinbarung

1. Stufe



1. Leitlinie: Beteiligung von bb Gemeinde **und** bb Einwohnern
2. Leitlinie: Höhe der Beteiligung soll sich an **Ersatzbeteiligung** orientieren

Daneben: Beispiele wie

- § 6 EEG-Zahlungen (aber wohl nur Teil)
- Gesellschaftsrechtliche oder finanzielle Beteiligung
- Vergünstigte Stromtarife
- Pauschale Zahlungen an Kreis von Anwohnern
- Finanzierung gemeinnütziger Stiftungen/Vereine

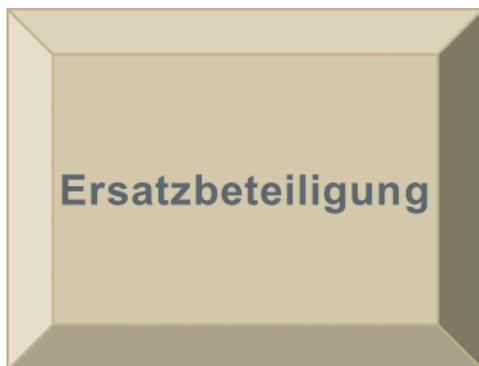
04

Die Ersatzbeteiligung und Ausgleichsabgabe, §§ 8, 9 BürgEnG

Ersatzbeteiligung, § 8 BürgEng

2. Stufe

→ Voraussetzung: kein Nachweis der Beteiligungsvereinbarung innerhalb Jahresfrist



→ Grundsatz: **2(!)** verschiedene Angebotspflichten

1. Angebot an **beteiligungsberechtigte(n) Gemeinde(n)**: jährliche Zahlung von 0,2 kWh/a für tatsächlich eingespeiste/fiktive Strommenge
2. Angebot an **Private**: Eigenkapitalbeteiligung durch Nachrangdarlehen

Ersatzbeteiligung § 8 BürgEng: Angebot an beteiligungsberechtigte Gemeinde(n)

1. Angebot



- Beteiligungsberechtigte(n) Gemeinde, nicht ausschließlich Standortgemeinde
- Beginn angebotener Zahlung ab **Inbetriebnahme**
- Höhe: grds. **0,2 Cent/kWh**
- Turnus: jährliche Zahlung
- Laufzeit: 20 Jahre

Ersatzbeteiligung § 8 BürgEng: Angebot an Private

2. Angebot



- Zeitpunkt: spätestens bis Inbetriebnahme erster Anlage
- Beteiligungsvolumen: mindestens 90.000 €/MW Leistung pro Vorhaben
- Mindestanlagensumme: darf 500 €/Person nicht überschreiten
- Zeichnungsmaximum: 25.000 €/Person
- Verzinsung: Anlehnung an KfW Kreditlinie + 10 Jahre Laufzeit

Ersatzbeteiligung § 8 - Angebot an Private

2. Angebot



- Angebot an beteiligungsberechtigte Personen i.S.d. § 5
- Wirksamkeitsdauer des Angebots: 3 Monate
- Beginn/Ende Beteiligungsmöglichkeit bestimmt Vorhabenträger
- detaillierte Vorgaben zu Zeichnungsverfahren sowie bei Übersteigen/Unterzeichnen der angebotenen Darlehensvolumina

Ausgleichsabgabe, § 9 BürgEng

3. Stufe



- Grundsatz: keine automatische Zahlungspflicht
- Voraussetzung: Nichterfüllung oder nur teilweise Erfüllung beider Angebotspflichten (Zahlung und Beteiligung)
 - Abhängig von Verpflichtungsentscheidung der Behörde
→ Ermessen!
 - Setzt Antrag einer beteiligungsberechtigten Gemeinde voraus (Verhandlungsspielraum)
 - Vorheriges Anhörungsverfahren → Anhörung von Vorhabenträger und Standortgemeinde

Ausgleichsabgabe § 9 BürgEng

3. Stufe



- Beginn: ab Nichterfüllung oder nur teilweiser Erfüllung beider Angebotspflichten („und“)
- ≠ fehlender Abschluss Beteiligungsvereinbarung
- Ende: ab Erfüllung Angebotspflichten; spätestens 20 Jahre ab Inbetriebnahme erster Anlage
-
- Höhe: **0,8 Cent/kWh**

Fristen / Verfahrensablauf, § 4, 7 BürgEnG

Bezirksregierung
Arnsberg



Fristen

| | | Stichtag: Erteilung der Genehmigung gem. § 4 bzw. § 16b BImSchG |
|-----------------|-----------------------|--|
| Normaler Ablauf | +1 Monat | Frühzeitiger Austausch mit beteiligungsberechtigter Gemeinde Meldung an Marktstammdatenregister und zuständige Behörde |
| | +6 Monate | Vorlegen des Beteiligungsentwurfs bei der Standortgemeinde Vorlegen des Beteiligungsentwurfs bei der zuständigen Behörde |
| | +9 Monate | Rückmeldung der Standortgemeinde zum Beteiligungsentwurf |
| | +12 Monate | Vorlegen der Beteiligungsvereinbarung bei der zuständigen Behörde |
| | sonst: Inbetriebnahme | Angebot einer Ersatzbeteiligung gegenüber der Gemeinde |
| | 1 Monat vor Offerte | Meldung der Beteiligungsmöglichkeiten an die zuständige Behörde |
| sonst: | | Sanktionierung durch Ausgleichsabgabe durch zuständige Behörde |

Transparenzplattform

05

Rechtsschutz

Rechtsschutz Vorhabenträger

- Insbesondere bei Entscheidung über Ausgleichsabgabe
- Vorgehen gegen Ermessensverwaltungsakt mittels Anfechtungsklage
- Relevanz bei Verzögerungen außerhalb der Sphäre des Vorhabenträgers

Rechtsschutz Gemeinden/Private

- Insbesondere bei Verweigerung der Verpflichtung zur Zahlung der Ausgleichsabgabe
- Vorgehen mittels Verpflichtungsklage durch beteiligungsberechtigte Gemeinde / Personen
- Relevanz bei Verzögerungen innerhalb der Sphäre des Vorhabenträgers

Rechtsschutz bzgl. Anwendbarkeit BürgEng

- Anwendbarkeit Beteiligungsregime abhängig von Vollständigkeit der eingereichten Antragsunterlagen
 - Prüfung der Vollständigkeit nach § 7 9. BImSchV zentral

- Isoliertes Vorgehen zur Feststellung von vollständigen Antragsunterlagen aufgrund § 44a S. 1 VwGO nicht möglich
 - keine Anfechtung von internen, behördlichen Verfahrenshandlungen

- Mangels Verwaltungsaktcharakters keine Anfechtungsklage möglich



Rechtsschutz bzgl. Anwendbarkeit BürgEng

- Standortgemeinde kann Antrag auf Anordnung der Ausgleichsabgabe stellen
- Bei Anordnung „provozierte“ Klage des Vorhabenträgers
- Prüfung Anwendbarkeit = Vollständigkeit Antragsunterlagen
- Feststellungsklage auf Nichtanwendbarkeit durch Vorhabenträger

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Dr. Lisa Löffler

Assoziierte Partnerin | Köln

T: +49 221 33660 724

lloeffler@goerg.de

Für ergänzende Fragen stehen ich Ihnen gerne zur Verfügung!